

// Lora Pavlova (ZEW), Anna-Lena Herforth (ZEW),
Lukas Hack (ETH Zürich)

Der Irankrieg und die wirtschaftlichen Konsequenzen für Deutschland

Seit Anfang März 2026 hat der Krieg zwischen den USA und Israel einerseits und dem Iran andererseits die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten massiv verschärft und für steigende Ölpreise gesorgt. Diese Eskalation erhöht die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa, insbesondere durch steigende Energiepreise und erhöhte Unsicherheit an den Finanz- und Rohstoffmärkten. Für Deutschland ist diese Entwicklung besonders relevant, da die Volkswirtschaft stark energieabhängig ist. Für die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs sind insbesondere dessen Dauer und Intensität entscheidend. Über die Kriegslänge und die wirtschaftlichen Konsequenzen für Deutschland wurden Finanzmarktexpertinnen und -experten im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests im März befragt. Die Befragten sind sich über den weiteren Verlauf uneinig. Sie sind jedoch skeptisch, dass es zu einer schnellen Auflösung des Konflikts kommen wird. Je nach Szenario unterscheidet sich die erwartete Entwicklung der Ölpreise erheblich und somit auch die Konsequenzen für die Preisentwicklung und das Wirtschaftswachstum in Deutschland. Unter der Annahme, dass der Krieg innerhalb eines Monats endet, sind die Auswirkung auf die deutsche Wirtschaft begrenzt. Im Gegensatz dazu erwarten die Befragten einen deutlichen Anstieg der Inflation und einen starken Wachstumsrückgang bei einer längeren Kriegsdauer. Höhere Energiepreise für Unternehmen und Haushalte erweisen sich dabei als wichtigste Bremse des Wachstums.



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Ein anhaltender Krieg im Nahen Osten gefährdet den wirtschaftlichen Erholungskurs Deutschlands.
- Expertinnen und Experten sehen einen Krieg mit Dauer von bis zu drei Monaten als wahrscheinlichstes Szenario, das mit anhaltend hohen Energiepreisen und steigender Unsicherheit verbunden ist.
- Die wichtigsten wirtschaftlichen Belastungen stellen die gestiegenen Energiekosten für Unternehmen und Haushalte, gestörte Lieferketten sowie eine geringe Investitionsneigung dar.
- Die Geldpolitik steht vor einem schwierigen Zielkonflikt zwischen Inflationsbekämpfung und Wachstumssicherung, während fiskalische Maßnahmen zur Stabilisierung erwartet werden.

ESKALATION IM NAHEN OSTEN TREIBT ENERGIEPREISE UND UNSICHERHEIT

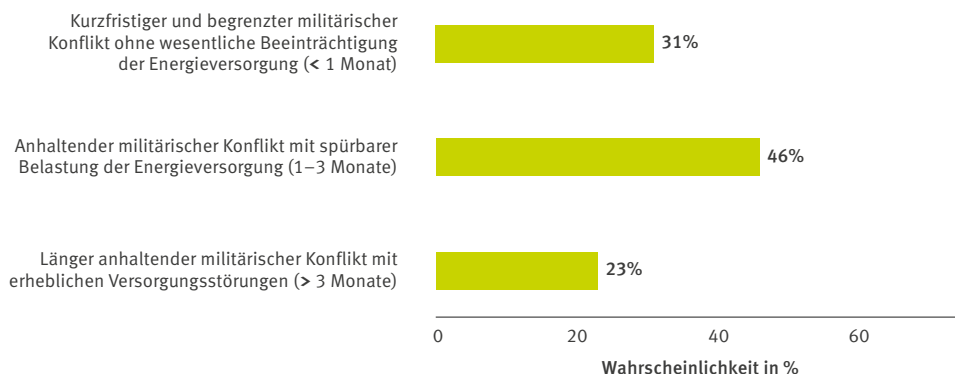
Seit Anfang März 2026 hat der Krieg zwischen den USA und Israel einerseits und dem Iran andererseits die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten massiv verschärft. Besonders im Fokus steht dabei die Straße von Hormus, eine der wichtigsten Energiehandelsrouten der Welt, über die rund ein Fünftel des globalen Ölhandels sowie ein erheblicher Anteil des weltweit verschifften Flüssiggases transportiert wird. Angriffe auf Energieinfrastruktur sowie die faktische Sperrung dieser Meerenge schränken das weltweite Angebot von Rohöl und Flüssiggas stark ein. Dies hat die globalen Energiemärkte erheblich verunsichert und für einen kräftigen Preissprung am Ölmarkt gesorgt. Dabei stieg der Brent-Preis zeitweise deutlich über 100 US-Dollar pro Barrel.

Die Eskalation des Konflikts erhöht damit die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa, insbesondere durch steigende Energiepreise und erhöhte Unsicherheit an den Finanz- und Rohstoffmärkten. Für Deutschland ist diese Entwicklung besonders relevant, da viele zentrale Industriezweige energieintensiv sind und die Volkswirtschaft zugleich in hohem Maße auf Energieimporte angewiesen ist. Nachdem sich gegen Ende des Jahres 2025 erste Anzeichen einer konjunkturellen Erholung abzeichneten, könnte der erneute Energiepreisschock diesen Aufschwung ausbremsen, indem er Produktionskosten erhöht, die Inflation antreibt und sowohl Industrie als auch privaten Konsum belastet.

Eskalation sorgt für Ölpreissprünge und weltweite Marktunsicherheit

Sorge über Inflations- und Konjunkturrisiken in Deutschland

ABBILDUNG 1: WAHRSCHEINLICHKEIT VON UNTERSCHIEDLICHEN SZENARIEN FÜR DEN WEITEREN VERLAUF DER ESKALATION IN NAHOST



Notizen: Antworten auf die Frage: Für wie wahrscheinlich halten Sie die folgenden Szenarien im Zusammenhang mit der aktuellen Eskalation im Nahen Osten? Bitte stellen Sie sicher, dass die Summe der Wahrscheinlichkeiten 100% ergibt. Balken stellen die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit pro Szenario über alle Befragten dar.

WIE ES FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT WEITERGEHT: DREI SZENARIEN

Für die wirtschaftlichen Auswirkungen des Konflikts sind insbesondere dessen Dauer und Intensität entscheidend. Je länger die militärischen Auseinandersetzungen andauern und je stärker sie die Energieversorgung beeinträchtigen, desto größer dürften die negativen Effekte auf Inflation und Konjunktur ausfallen. Eine rasche Entspannung der Lage und eine Stabilisierung der Energiepreise würden hingegen dazu beitragen, die wirtschaftlichen Belastungen zu begrenzen. Finanzmarktexpertinnen und -experten wurden im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests gebeten, die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Eskalation im Nahen Osten auf Deutschland

Drei Szenarien für die weitere Entwicklung des Konflikts

abzuschätzen. Die Analyse basiert auf drei vordefinierten Szenarien, die sich in Dauer und Intensität des Konflikts unterscheiden. Dies erlaubt eine differenzierte Betrachtung der erwarteten Auswirkungen auf Inflation und Wachstum. Die Befragung wurde im Zeitraum vom 9. bis 16. März 2026 mit ca. 160 Finanzmarktexpertinnen und -experten durchgeführt.

Im ersten Szenario bleibt der militärische Konflikt kurzfristig und zeitlich begrenzt (weniger als einen Monat). Es kommt zu keinen wesentlichen Störungen der globalen Energieversorgung, sodass sich die Energiepreise nach dem kurzfristigen Anstieg wieder stabilisieren könnten. Angesichts der aktuellen Entwicklungen und der derzeitigen faktischen Sperrung der Straße vom Hormus wird dieses Szenario zunehmend unwahrscheinlich. Die befragten Expertinnen und Experten ordnen dem Szenario im Durchschnitt eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 31 Prozent zu (siehe Abb. 1).

Im zweiten Szenario hält der Konflikt über einen längeren Zeitraum von bis zu drei Monaten an. Wiederholte oder anhaltende Beeinträchtigungen von Öl- und Gasinfrastruktur führen zu spürbaren Belastungen der globalen Energieversorgung, die jedoch grundsätzlich funktionsfähig bleibt. In diesem Umfeld dürften Energiepreise länger erhöht bleiben und die wirtschaftliche Unsicherheit zunehmen. Im Durchschnitt wird diesem Szenario eine Wahrscheinlichkeit von 46 Prozent zugeschrieben. Aus Sicht der Expertinnen und Experten ist dieses Szenario zurzeit am wahrscheinlichsten.

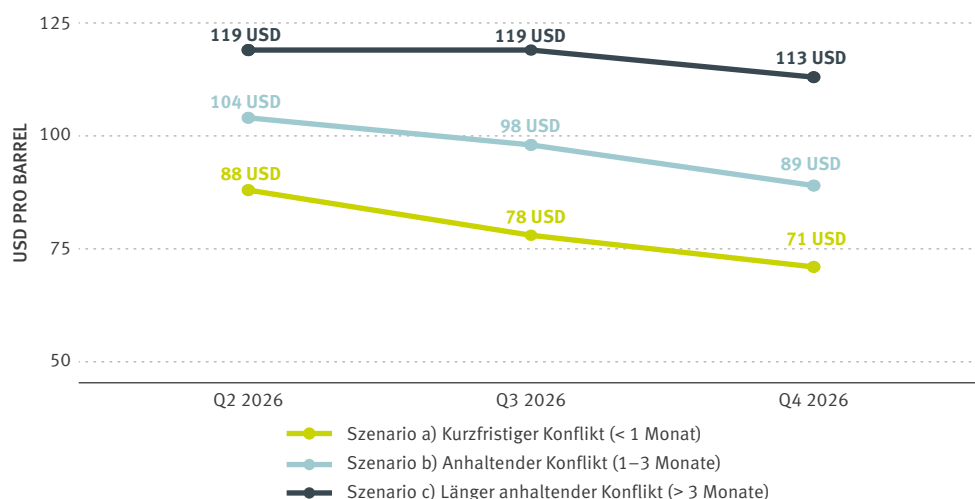
Das dritte Szenario beschreibt einen stark ausgeprägten und länger andauernden Konflikt von mehr als drei Monaten. Zentrale Öl- und Gasinfrastrukturen werden erheblich gestört, was zu substantiellen Einschränkungen der globalen Energieversorgung führt. Ein solcher Verlauf würde mit persistent hohen Energiepreisen und entsprechend stärkeren negativen Effekten auf Inflation und Konjunktur einhergehen. Die befragten Expertinnen und Experten ordnen diesem Szenario im Durchschnitt eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 23 Prozent zu. Insgesamt sind sich die Befragten über den weiteren Eskalationsverlauf somit uneinig, was den massiven Anstieg der Unsicherheit in Folge des Kriegs widerspiegelt.

**Rasche Deeskalation
weniger wahrschein-
lich laut Expertinnen
und Experten**

**Anhaltender Konflikt
(≤ 3 Monate) von
Befragten als
wahrscheinlichstes
Szenario einge-
schätzt**

**Pessimistischsten
Szenario dennoch
nicht auszuschließen**

ABBILDUNG 2: PROGNOSE DES DURCHSCHNITTlichen BRENT ROHÖLPREISES



Notizen: Erwartete Ölpreispfade für 2026 je nach Szenario. Antworten basieren auf der Frage: Was ist Ihre Prognose für den durchschnittlichen Brent-Rohölpreis (USD pro Barrel) für die folgenden Perioden in jedem Szenario? Datenpunkte stellen Mittelwerte über alle Befragten dar.

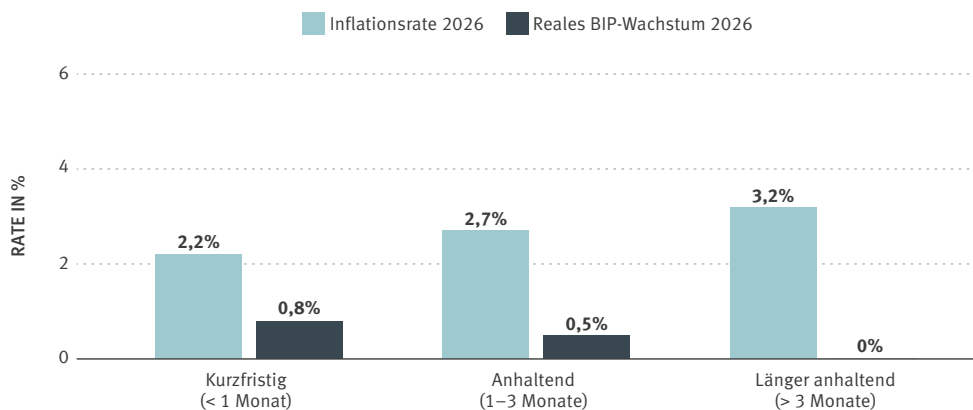
ERWARTETE ÖLPREISPFADJE JE NACH KONFLIKTSZENARIO

Je nach Szenario unterscheidet sich der erwartete Verlauf der Ölpreise erheblich und somit auch die Konsequenzen für Inflation und wirtschaftliches Wachstum in Deutschland. Abb. 2 zeigt die erwartete Entwicklung des durchschnittlichen Brent-Ölpreises in den drei Szenarien für die Quartale Q2 bis Q4 2026.

Im Falle einer raschen Deeskalation, welche zunehmend unwahrscheinlicher wird, erwarten Expertinnen und Experten eine Reduktion des Brent-Ölpreises auf 88 US-Dollar pro Barrel bereits in Q2 2026. In der zweiten Jahreshälfte wird in diesem Szenario mit einer allmählichen Bewegung des Ölpreises in die Richtung seines Vorkrisenniveaus von rund 70 US-Dollar pro Barrel gerechnet. Im zweiten Szenario eines anhaltenden Konfliktes, welches implizit auf der Annahme beruht, dass die Produktionsunterbrechungen vorübergehender Natur sind (weniger als drei Monate), könnten die Energiemärkte über längere Zeit angespannt bleiben. Die Befragten erwarten in diesem Szenario, dass der Ölpreis bei etwas mehr als 100 US-Dollar pro Barrel in Q2 2026 verharret. Im Jahresverlauf geht der erwartete Ölpreis langsam zurück auf 98 US-Dollar/Barrel (Q3 2026) und 89 US-Dollar/Barrel (Q4 2026), verbleibt aber somit deutlich über dem Vorkrisenniveau. Das dritte Eskalationsszenario unterstellt, dass der Konflikt deutlich länger andauert (mehr als drei Monate) und es auf den Märkten zu einem wesentlich stärkeren Preisschock kommt. So dürfte der Brent-Preis bereits in Q2 auf knapp 120 US-Dollar pro Barrel ansteigen. Bemerkenswert ist, dass die Expertinnen und Experten in diesem Szenario davon ausgehen, dass der Ölpreis auch in Q3 2026 auf diesem Niveau verbleibt. Selbst in Q4 2026 wird lediglich eine Preissenkung auf 113 US-Dollar erwartet.

Erwarteter Ölpreisverlauf hängt stark vom Konfliktszenario ab

ABBILDUNG 3: MAKROÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN AUF DEUTSCHLAND



Notizen: Erwartete jährliche Inflation (gemessen am HVPI) und Jahreswachstumsrate des realen BIP für 2026 je nach Szenario. Antworten basieren auf der Frage: Was glauben Sie, wie wird sich die Jahreswachstumsrate des realen BIP und die jährliche Inflationsrate (gemessen an der durchschnittlichen jährlichen Veränderung des HVPI) in jedem Szenario entwickeln? Datenpunkte stellen Mittelwerte über alle Befragten dar.

ÖLPREISSCHOCK: GEFAHR FÜR DEN DEUTSCHEN ERHOLUNGSPFAD?

Zu Beginn des Jahres befand sich die deutsche Wirtschaft auf einem vorsichtigen Erholungspfad. Die jüngste Eskalation im Nahen Osten gefährdet diesen Aufwärtstrend jedoch zunehmend.

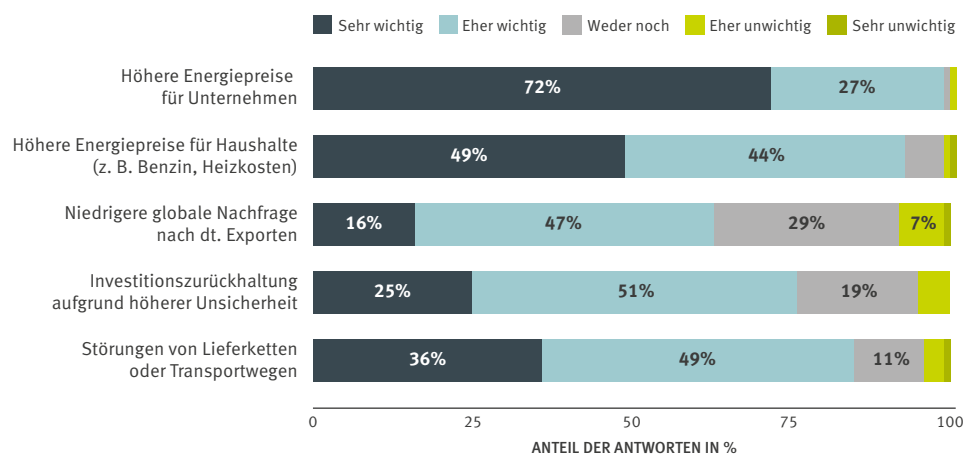
Im Deeskalationsszenario erwarten Expertinnen und Experten, dass die deutsche Wirtschaft ihren eingeschlagenen Wachstumskurs fortsetzen kann. In diesem ersten Szenario wird für 2026 eine Wachstumsrate des realen BIP von rund 0,8 Prozent erwartet. Der inflationssteigernde Effekt der höheren Energiepreise bliebe begrenzt: Die durchschnittliche HVPI-Inflationsrate liegt 2026 bei etwa 2,2 Prozent und übersteigt die Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) somit nur geringfügig. Im zweiten Szenario eines anhaltenden Krieges gehen die Befragten von einer spürbaren Verlangsamung der konjunkturellen Erholung aus: Es wird für 2026 ein reales BIP-Wachstum von 0,5 Prozent erwartet. Gleichzeitig sorgt das anhaltend hohe Energiepreisniveau für einen stärkeren Inflationsdruck. Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate, gemessen am HVPI, steigt 2026 auf etwa 2,7 Prozent.

Im Szenario einer länger anhaltenden Eskalation gerät die wirtschaftliche Erholung in Deutschland laut Expertinnen und Experten deutlich ins Stocken. Mit einer realen Wachstumsrate von 0 Prozent würde Deutschland ein weiteres Jahr wirtschaftlicher Stagnation verzeichnen. Zugleich erwarten die Befragten in diesem Szenario einen deutlich stärkeren Inflationsanstieg: Die durchschnittliche erwartete HVPI-Inflationsrate steigt 2026 auf etwa 3,2 Prozent und liegt somit deutlich über der von der EZB angestrebten 2-Prozent Marke.

Im Deeskalations-szenario bleibt die deutsche Wirtschaft vom Ölpreisschock weitgehend ungebremst

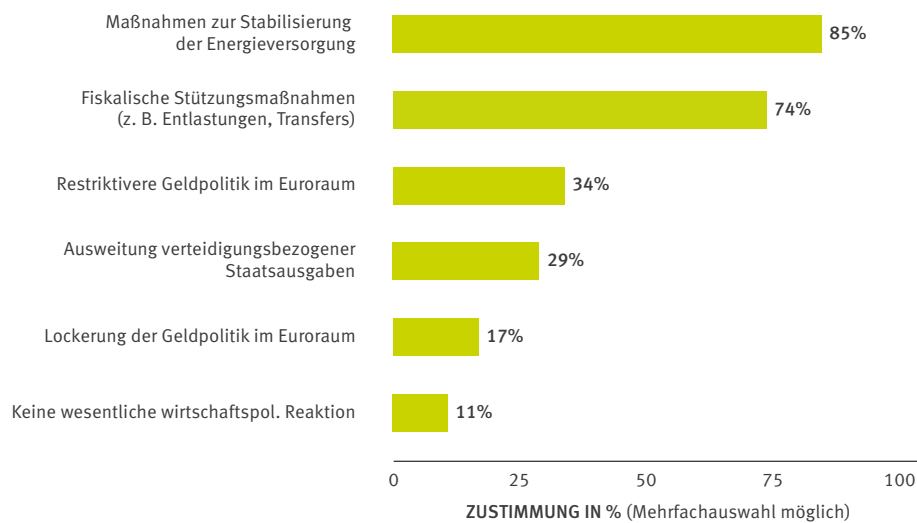
Im pessimistischsten Szenario gerät die deutsche Konjunktur 2026 ins Stocken

ABBILDUNG 4: BEDEUTUNG UNTERSCHIEDLICHER WIRKUNGSKANÄLE FÜR DIE WACHSTUMSPROGNOSE DES REALEN BIP 2026 INFOLGE DER ESKALATION IM NAHEN OSTEN



Notizen: Antworten basieren auf der Frage: Wie wichtig sind folgende Wirkungskanäle für die Veränderung Ihrer Wachstumsprognose für das Jahr 2026 infolge der Eskalation im Nahen Osten? Die Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben.

ABBILDUNG 5: ERWARTETE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE REAKTIONEN IM FALLE EINES ANHALTENDEN MILITÄRISCHEN KONFLIKTS (1-3 MONATE)



Notizen: Antworten basieren auf der Frage: Welche wirtschaftspolitischen Reaktionen erwarten Sie bei einem anhaltenden militärischen Konflikt mit spürbarer Belastung der Energieversorgung (1-3 Monate)? Mehrfachauswahl möglich.

WIRKUNGSKANÄLE DES SCHOCKS UND ERWARTETE POLITIKREAKTIONEN

Die Eskalation im Nahen Osten könnte sich über unterschiedliche Kanäle auf die deutsche Wirtschaft auswirken. Vor allem der starke Anstieg der Energiepreise verteuert die Produktionskosten vieler Unternehmen und erhöht zugleich den Inflationsdruck, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte geschwächt wird. Darüber hinaus könnten Störungen zentraler Transport- und Handelsrouten sowie mögliche Beeinträchtigungen internationaler Lieferketten die industrielle Produktion und das Exportgeschäft zusätzlich belasten. Vor diesem Hintergrund wurden die Befragten gebeten, einzuschätzen, welche Kanäle aus ihrer Sicht besonders wichtig für eine Veränderung der Wachstumsprognose sind (siehe Abb. 4). Die höheren Energiepreise für Unternehmen werden als wichtigster Wirkungskanal angesehen. 72 Prozent der Befragten bewerten diesen Kanal als „sehr wichtig“, 27 Prozent als „eher wichtig“. An zweiter Stelle folgen höhere Energiepreise für Haushalte, die von 49 Prozent der Befragten als „sehr wichtig“ und von 44 Prozent der Befragten als „wichtig“ wahrgenommen werden. Störungen von Lieferketten oder Transportwegen, die im Nachgang der Corona-Pandemie für erheblichen Inflationsdruck in der Eurozone gesorgt haben, erweisen sich ebenfalls als wichtiger Faktor, so 85 Prozent der Befragten. Weitere untergeordnete, gleichwohl relevante Wirkungskanäle sind die Investitionszurückhaltung aufgrund höherer Unsicherheit (76 Prozent) und die niedrigere globale Nachfrage nach deutschen Exporten (63 Prozent).

Höhere Energiepreise für Unternehmen und Haushalte als wichtigste Bremse des Wachstums

Angesichts des Nahostkriegs stehen Regierungen und Notenbanken vor der Herausforderung, angemessene wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen. Im Rahmen der Sonderfragen wurden die Erwartungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinsichtlich möglicher wirtschaftspolitischer Reaktionen bei einem anhaltenden militärischen Konflikt mit spürbarer Belastung der Energieversorgung von einem bis drei Monaten erfasst (siehe Abb. 5). Im Hinblick auf fiskalpolitische Maßnahmen erwarten die Befragten in diesem Szenario mit großer Mehrheit (85 Prozent) Maßnahmen zur Stabilisierung der Energieversorgung. Darüber hinaus erwarten 74 Prozent fiskalische Stützungsmaßnahmen wie beispielsweise durch temporäre Energiepreisentlastungen, direkte Einkommenszuschüsse für Haushalte oder Hilfsprogramme für besonders betroffene Unternehmen. Eine Ausweitung verteidigungsbezogener Staatsausgaben wird von 29 Prozent der Befragten erwartet.

Die Geldpolitik befindet sich im zweiten Szenario in einem stagflationären Spannungsfeld aus steigender Inflation und schwachem Wachstum (siehe Abb. 3). Die EZB könnte dem erwarteten Inflationsdruck durch eine restriktivere Geldpolitik entgegenwirken, würde dadurch aber auch mutmaßlich die fragile Lage der Konjunktur in der Eurozone negativ beeinflussen. Entscheidend ist in diesem Szenario, ob der Preisschock in diesem Zeithorizont noch als kurzfristig eingeordnet wird oder bereits als Auslöser mittelfristigen Inflationsdrucks mit Zweitrundeneffekten angesehen wird. Eine Mehrheit der Finanzmarktexpertinnen und -experten erwartet keine geldpolitische Reaktion der EZB, während 34 Prozent eine restriktivere Geldpolitik und 17 Prozent eine Lockerung der Geldpolitik erwarten. 11 Prozent der Befragten erwarten keine wesentliche wirtschaftspolitische Reaktion.

**Fiskalische Eingriffe
erwartet**

**Stagflationärer
Zielkonflikt für die
Währungshüter in
der Eurozone**



Impressum

Autoren: Lora Pavlova (ZEW), Anna-Lena Herforth (ZEW), Lukas Hack (ETH Zürich)

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Deutschland · info@zew.de · www.zew.de · x.com/zew

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Kaufmännische Geschäftsführerin: Claudia von Schuttenbach

Ansprechpartner in der Pressestelle: Pascal Ausäderer · presse@zew.de

Anmerkung zum Zitieren aus dem Text: Es ist gestattet, Auszüge aus dem Text in der Originalsprache zu zitieren, insofern diese durch eine Quellenangabe kenntlich gemacht werden.

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

ZEW

Leibniz
Leibniz
Gemeinschaft